

Die Dorfschell

Zeitung des SPD-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Dezember 2020

OLSBRÜCKEN: WEITERENTWICKLUNG DES ORTS

Im Jahr 1986 entwickelte Olsbrücken ein Dorferneuerungskonzept und trat in ein Dorferneuerungsprogramm ein. Dieses Konzept wurde 1993 letztmalig fortgeschrieben. Dabei ist es bis heute geblieben. Zwar hat man seitens der Ortsgemeinde an einer Veränderung und Verbesserung im Ort gearbeitet, eine moderne Planung dafür aber nicht entwickelt. Das könnte nun anders werden, nachdem das Planungsbüro Kernplan auf Veranlassung der Verbandsgemeindeverwaltung Otterbach-Otterberg erste Ausführungen zu einer Zustandsanalyse und Zukunftsplanung vorgelegt hat. Wie man seitens der Ortspolitik mit dieser Frage umgehen will, hat die „Dorfschell“ bei Gerhard Klein, dem Vorsitzenden der SPD-Mehrheitsfraktion im Olsbrücker Gemeinderat nachgefragt.

Dorfschell: Herr Klein, sind Ihnen die Darlegungen von Kernplan bekannt?

Klein: Ja. Der Ortsbürgermeister hat allen Fraktionen im Gemeinderat dieses Papier zugeleitet.

Dorfschell: Was halten Sie von dem Anliegen in diesem Papier?

Klein: Im Prinzip ist das eine gute Sache. Auch wenn die Ortsgemeinde in der Vergangenheit nicht untätig war. Aber eine fachliche Planung, so wie wir sie Ende des vergangenen Jahrhunderts hatten, fehlt.

Dorfschell: Was würde eine solche Planung bringen?

Klein: Wir hätten auf der Basis eines solchen neuen Konzeptes eine Grundlage für unsere Gestaltungsüberlegungen im Ort für die Zukunft. Das ist auch deshalb so wichtig, weil wir schon seit langem der Innenentwicklung im Ort den Vorrang vor der Außenentwicklung geben. Das heißt: Wir wollen den Bau von Neubaugebieten im Randbereich Olsbrückens so weit wie möglich zurückhalten und die Bausubstanz innerhalb des Ortes nutzen sowie Baulücken schließen.

Dorfschell: Was könnte in einer solchen Planung geregelt werden?

Klein: Wir könnten, nachdem wir den aktuellen Zustand ermittelt haben, die innerörtlichen freien Flächen untersuchen und festlegen, was wir zukünftig damit anfangen wollen. Das kann natürlich Bebauung sein, das kann aber auch eine gestaltete Freifläche sein, das kann Platz für Begrünung sein, das kann auch ein Abriss sein und ähnliches mehr. Natürlich lässt sich so

etwas nur im Zusammenwirken mit den jeweiligen Eigentümern sowie den Bürgerinnen und Bürgern im Ort verwirklichen. Aber noch eins: Das heißt nicht, dass wir alles sofort benötigen, aber es ist auf jeden Fall eine Grundlage für unsere Zukunftsentscheidungen.

Dorfschell: Ist das eingebettet in eine neue Aktivität der Dorferneuerung?

Klein: Das bietet sich an. In einem Dorferneuerungsprogramm, dessen Voraussetzung ein Dorferneuerungskonzept ist, gibt es vielfache Fördermittel, besonders wenn wir ein Sanierungsgebiet ausweisen würden. Private könnten zum Beispiel bei der Sanierung einer Immobilie bis zu 100% der anfallenden Kosten über 12 Jahre steuerlich abschreiben. Ein Beispiel: Bei einem Sanierungsaufwand von 60000€ bedeutet das eine jährliche Abschreibungsgröße von 5000€. Das wäre bei einem angenommenen Steuersatz von 25% jährlich 1250€ geringere Steuer für den Investor, also 15000€ über 12 Jahre.

Dorfschell: In den Ausführungen von Kernplan wird auch die Beauftragung eines Dorfbaumanagers empfohlen. Wie stehen Sie dazu?

Klein: So jemanden haben wir schon längst und sind damit Vorbild in der Verbandsgemeinde. Wir nennen ihn Leerstandslotsen. Diese Aufgabe wird von unserem Mitbürger Peter Wendel ehrenamtlich in enger Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeindeverwaltung wahrgenommen. Er sammelt alle Daten über Leerstände, Umbau- und Bauabsichten und spricht sie mit den Betroffenen durch. Und das sehr erfolgreich. Den

Erfolg sieht man schon daran, dass wir im Ort ganz wenige Leerstände haben. Aber: Seine Aufgabe ist auch, zukünftige Leerstände, die aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten sind, herauszufinden.

Dorfschell: Also, wie fällt Ihr Fazit aus?

Klein: Wir sollten uns einer solchen Planung zuwenden. Wir können damit die bauliche, die gesamte Gestaltung unseres Ortes überlegen, vorbereiten und bei Bedarf umsetzen. Dabei gibt es aber ein Problem.

Dorfschell: Und das wäre?

Klein: Die Finanzierung. Bei aller Fördermög-

lichkeit muss die Ortsgemeinde einen Eigenanteil stemmen. Das fällt uns in unserer konkreten finanziellen Lage schwer. Da sollten Verbandsgemeinde und Kreis helfen. Dennoch bin ich optimistisch: Wir haben in der letzten Zeit es in vielen Fällen geschafft, durch kreative Lösungen, insbesondere durch das lobenswerte Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger unserer finanziellen Anteile, so sie denn überhaupt anfielen, aufzubringen.

Dorfschell: Herr Klein, wir danken Ihnen für dieses Interview und wünschen Ihnen in Ihrem Bemühen zum Wohle Olsbrückens viel Erfolg.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Jahr 2020 geht seinem Ende entgegen. Es ist ein Jahr der großen Belastungen und Herausforderungen gewesen; und das ist es jetzt noch. Die Coronapandemie hat die ganze Welt und auch Deutschland fest im Griff. Wir alle haben auf vieles verzichten müssen, haben uns stark zurücknehmen müssen und haben auch -zumindest eine große Zahl der Menschen- erhebliche finanzielle Einbußen erlitten. Aber schlimmer noch: **Über eine Million Menschen in Deutschland sind am Coronavirus erkrankt, die einen stärker, die anderen schwächer und -ganz bitter- über 10000 Menschen sind an dieser Infektion gestorben.** Und es ist noch nicht zu Ende!

Also: Ein ganz schlimmes Jahr.

Aber: Hoffnung gibt die Nachricht von der alsbaldigen Verfügbarkeit von Impfstoffen und somit einer konkreten Besserung unserer Lage im Jahr 2021.

Diese Pandemie hat aus den Menschen die guten Seiten herausgekehrt, aber auch die schlechten. Wir erinnern uns an die großen Solidaritätsaktionen im Frühjahr, an die große Disziplin in der Bevölkerung bei den isolierenden Maßnahmen, an den nimmermüden Einsatz der Ärzte und Pflegekräfte, an die prinzipiell große Einigkeit in der Politik (mit Ausnahme der AfD) bei der Bekämpfung der Seuche. Aber wir erinnern uns auch an die provozierenden, das Wohl der Allgemeinheit verachtenden Aktionen der „Querdenker“, an die Hetze der AfD, an das Gerede und Geschacher der Landesministerpräsidentinnen und Landesministerpräsidenten in ihrer zeitweisen Hasenfüßigkeit. Die Pandemie war und ist ein Klarspüler und zeigt erbarungslos die Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft auf.

Die Pandemie ist auch eine **Bewährungsprobe**

für die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform. So mancher sagt: Sie ist als Staatsform für ein Krisenmanagement nicht geeignet. Und es ist ja richtig: Ein autoritäres System wie das chinesische kommt augenscheinlich besser durch die Krise! Es braucht keine Rücksicht auf die Belange, die Rechte, den Schutz des Einzelnen zu nehmen. Es kann einfach die Bewohner einer Millionenstadt (Wuhan) weg- und einsperren, es ordnet ohne nennenswerten Widerspruch über ganze Provinzen eine komplette Ausgangssperre an, es entzieht sich jeder Diskussion über seine Maßnahmen und beseitigt damit die Coronapandemie und ihre Folgen.

Und im demokratischen Europa? Die Maßnahmen sind so unterschiedlich wie es Staaten gibt. In Deutschland gibt es sogar in den einzelnen Bundesländern verschiedene Regelungen. Man nimmt auf die wirtschaftliche Existenz des Einzelnen, ganzer Gewerbe- und Industriezweige Rücksicht. Es gibt ein gewaltiges Durcheinander bei der Meinung über den richtigen Weg, über den richtigen Umfang der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Und währenddessen schreitet die Pandemie munter fort, macht Abertausende von Menschen krank und tötet viele.

Also: Mit einer Pandemie kommt ein konsequentes, autoritäres System besser zurecht als eine Demokratie!

Aber: Um welchen Preis! Die Freiheitsrechte, die Individualrechte, die Mitwirkungsrechte des Einzelnen, überhaupt die Rechte eines jeden Einzelnen spielen im autoritären System keine Rolle! Sie darf es auch gar nicht geben, ansonsten würde ein solches System im Handumdrehen zusammenbrechen.

Wenn man das sieht, so ist ein demokratisches System in seiner Schwierigkeit, eine Pandemie

zu bekämpfen, immer noch weitaus besser als ein autoritäres, den Einzelnen verachtendes, aber in der Pandemiebekämpfung erfolgreiches System.

Achten wir darauf und werden notfalls sehr deutlich, dass unsere demokratischen Politi-

kerinnen und Politiker zu vernünftigen Ergebnissen bei Coronapandemiebekämpfung kommen, aber seien wir froh, dass wir sie und unser politisches System haben!

DIE AUTOMOBILFÖRDERUNG

Die Corona-Pandemie trifft die Automobilindustrie und die Zuliefererbranche in einem Moment, in dem sie durch Klimaschutzanstrengungen und Digitalisierung ohnehin unter einem doppelten Anpassungsdruck steht. Die Bundesregierung, **auch hier erneut unter inhaltlicher SPD-Führung**, hat sich vor diesem Hintergrund zu einem weiteren Förderprogramm von drei Milliarden Euro für diese Branchen entschieden. Schon früher hatte sie Förderungen in Höhe von acht Milliarden Euro zugesagt. Mit dem neuen Förderprogramm, **das ganz entscheidend von den SPD-Bundesministern Olaf Scholz, Hubertus Heil und Svenja Schulze geprägt worden ist**, verfolgt die Bundesregierung drei Ziele:

1. Sie will die Existenz der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer in Deutschland sichern. Das ist so wichtig, weil diese Industrie eine Schlüsselindustrie in Deutschland und dazu hoch innovativ technologisch ist. Zwar hat die Autobranche die Entwicklung moderner Antriebe verschlafen und ist dabei im weltweiten Wettbewerb auf diesem Zukunftsmarkt ins Hintertreffen geraten. Doch hat sie mittlerweile ihre Innovationspflicht erkannt, forscht und investiert entsprechend und stellt sich neu auf.

2. Sie will die vielen Arbeitsplätze in diesem Arbeitsmarktbereich -etwa 800000 deutschlandweit- sichern. Arbeitsplätze, die durch den coronabedingten Markteinbruch gefährdet sind. Deutschland kann es sich nicht erlauben, diese Arbeitsplätze -auch nur teilweise- zu verlieren.

3. Sie will mit der Förderung den notwendigen zügigen Umstieg auf klimafreundliche Antriebe sichern und vorantreiben. Sie kommt damit einen wesentlichen Schritt zum Erreichen unserer Klimaschutzziele näher. Denn gerade im Verkehrssektor sind die CO₂-Emissionen weiterhin sehr hoch -zu hoch. Wollen wir auf diesem Weg zur Klimaneutralität erfolgreich sein, müssen die Emissionswerte erheblich runter.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Bundesregierung dies fünf Förderschwerpunkte beschlossen:

1. Die Innovationsprämie: Die Förderanreize für den Kauf von E-Autos und Hybridfahrzeuge

werden bis 2025 verlängert. Die bisherige Förderung war und ist ein großer Erfolg: Bis Oktober dieses Jahres sind 120000 umweltfreundliche Autos zugelassen worden; das sind doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2019. Bei den Hybridfahrzeugen werden nur Plug-in-Hybride gefördert (das sind Autos, die ihren Strom aus der Steckdose beziehen und nicht aus dem Verbrennungsmotor). Sie müssen aber, um in den Genuss der Förderung zu kommen, ab 2022 mindestens stromgetriebene Reichweiten von 60 Kilometern, ab 2025 von 80 Kilometern erreichen können.

2. Der Zukunftsfonds: Durch diesen sollen unter Einbeziehung von Technikern, Ingenieuren und Betriebsräten der Automobilunternehmen strategische Perspektiven der Automobilindustrie entwickelt werden und transformativische Technologien (wie z.B. E-Mobilität, Wasserstoffantrieb, allgemeine Verbrauchsreduktion) gefördert werden.

3. Die Weiterbildung und Qualifizierung: Wenn wir neue Technologien einführen, müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese neuen Herausforderungen auch das Wissen und die Fähigkeiten haben. Um diese zu erreichen, müssen sie weitergebildet und qualifiziert werden. Diese Bemühungen werden nunmehr von der Bundesregierung finanziell unterstützt.

4. Die Anschaffung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge: Bisher sind die E-Mobilitätsantriebe nur für PKW und Busse entwickelt. Für die LKW fehlt es an den entsprechenden Angeboten in genügendem Umfang. Deshalb sollen diese Angebote für alternative Antriebe (E-Antrieb, Wasserstoff) ausgebaut werden. Da dies aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, soll auch die Anschaffung eines LKW mit konventionellem, aber emissionsarmem Antrieb gefördert werden, wenn im Gegenzug zur Anschaffung ein alter LKW verschrottet wird. Ein besonderer Förderschwerpunkt wird auf Fahrzeuge der Feuerwehr, Nothilfen und des Katastrophenschutzes gelegt, weil die dort genutzten Fahrzeuge vielfach älterer Art sind.

5. Die flächendeckende Ladeinfrastruktur:

Ein beachtliches Hemmnis für den großräumigen Einsatz von E-Fahrzeugen ist neben der begrenzten Reichweite die noch zu dünne Ausstattung mit Ladestationen. Deshalb wird der Ausbau dieser Stationen gefördert, wobei die Bundesregierung eine ambitionierte Beteiligung der Automobilindustrie und der Mineralölwirtschaft erwartet. Dazu gehört auch der Aufbau von Schnellladestationen mit mindestens 150kw an

Tankstellen. Dabei sollen solche Ladestationen bis Ende 2022 an mindestens 25 Prozent, bis Ende 2024 an mindestens 50 Prozent und bis Ende 2026 an mindestens 75 Prozent aller Tankstellen eingerichtet sein. Letztlich soll auch ein einheitliches Bezahlssystem an allen Ladesäulen rechtlich verbindlich geschaffen werden.

STRAßE AM WALDHOF WIRD ERNEUERT

Seit langem ist die Straße Am Waldhof in einem schlechten Zustand. Seit langem weiß man darum. Jetzt hat der Gemeinderat Olsbrücken beschlossen, die konkreten Schritte zur Sanierung der Straße einzuleiten.

Als erstes hat man den Planungs- und Ingenieurleistungsauftrag an ein Kaiserslauterer Büro für rund 82000€ plus 5 Prozent Nebenkosten zuzüglich Mehrwertsteuer vergeben. Außerdem musste bis zum 15. Oktober diesen Jahres der Antrag für die Bezuschussung der Baumaßnahmen im Zuge der Sanierung der Straße gestellt werden. Wegen der Baueinzelheiten und der Höhe der zu erwartenden Kosten ließ sich der

Gemeinderat von einem Vertreter des beauftragten Ingenieurbüros informieren und beraten. Am Ende der detaillierten Information kam der Ingenieurbürovertreter zu einer Gesamtkostenschätzung für die notwendigen Baumaßnahmen von 1,1 Millionen Euro. Diese Ausführungen wurden seitens des Gemeinderates akzeptiert und beschlossen, auf Basis dieser Berechnungen einen Zuschussantrag zu stellen.

Man kann nur hoffen, dass das gesamte Verfahren nunmehr zügig abgewickelt werden kann, denn der Zustand der Straße erlaubt eigentlich kein weiteres, längeres Zuwarten!

BLÜHWIESE KOMMT

Die Bürgerinnen und Bürger Olsbrückens haben sich einhellig entschieden, zumindest die, die sich an der Umfrage beteiligt haben: **Auf dem Friedhof soll auf der freigeräumten Fläche eine Blühwiese entstehen!** Mehr als 50 Haushalte sind der Aufforderung der „Dorfschell“ in ihrer Oktoberausgabe gefolgt und haben ihre Meinung zur Gestaltung der Friedhofsfreifläche Ortsbürgermeister Walter Schneck und SPD-Fraktionsführer Gerhard

Klein mitgeteilt. Und diese Meinung war eindeutig. Sie wollen die Blühwiese. Ortsbürgermeister Walter Schneck erklärte daraufhin: „Es ist sehr erfreulich, dass so viele Bürgerinnen und Bürger sich geäußert haben. Natürlich werde ich ihrem Votum folgen und wir werden auf der Freifläche auf dem Friedhof eine Blühwiese errichten.“

**Der SPD-Ortsverein
Olsbrücken — Frankelbach wünscht
Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und
ein gutes Neues Jahr 2021!**

IMPRESSUM:

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.
Auflage dieser Ausgabe: 650
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**